



Stadt Liestal
Einwohnerrat
Geschäftsprüfungskommission

2007/135a

Bericht der Geschäftsprüfungskommission zum Amtsbericht 2006

Einleitung

Gemäss Geschäftsreglement des Einwohnerrates prüfte die Geschäftsprüfungskommission GPK den Amtsbericht 2006 der Stadt Liestal.

Der Stadtrat hatte sich hohe Ziele gesteckt und erreichte gemeinsam mit der Stadtverwaltung viel. Das Engagement für ein strukturiertes Vorgehen ist deutlich und nachvollziehbar.

Vorgehen der GPK

Die GPK befasste sich in vier Sitzungen sowie in je einer Subgruppen-Sitzung mit dem Amtsbericht. Nach anfänglichen Meinungsverschiedenheiten über die Relevanz von Fehlern im Bericht wurde das Eintreten einstimmig beschlossen. Die aus der vertieften Prüfung resultierenden Kommentare und Fragen wurden zuhänden des Stadtrats aufgelistet und schriftlich beantwortet. Die Kommission dankt der Stadtpräsidentin und dem Stadtverwalter für den anschliessenden offenen Dialog zu den angesprochenen Themen. Die Fragen- und Antwortenliste ist integrierender Bestandteil dieses Berichts.

Da das 3. Jahr der Amtsperiode abgeschlossen wurde, hat die GPK auch die Legislaturziele in ihre Beratung miteinbezogen, um die Zielerreichung festzustellen. Einige diesbezügliche Fragen sind ebenfalls in der Liste enthalten.

Form

Das Erscheinen des Amtsberichts bereits im März ist angenehm und sachdienlich. Der Bericht widerspiegelt redaktionell das Jahresprogramm. Die Nummerierung ermöglicht eine zweckmässige Orientierung.

Im Jahresprogramm 2006 ist pro Geschäft der jeweilige Projektstand am Jahresanfang in Prozenten angegeben. In der Regel sind die geplanten Geschäfte auf Vollendung per Jahresende angelegt. Manches erklärt sich im Amtsbericht selbst. Es wäre bei einigen Themen interessant bzw. hilfreich, im Amtsbericht zu lesen, wie der Stadtrat den Projektstand am Ende des Berichtsjahrs definiert, beispielsweise beim Qualitätsmanagement (1.1.1). Die GPK liess sich von der Stadtpräsidentin orientieren, dass die Angabe von Prozentzahlen aufgegeben wurde, da ihre Definition mitunter schwierig ist, was die GPK bedauert.

Die Statistiken am Berichtsbeginn geben einen interessanten Überblick über Entwicklungen in der Bevölkerung. Sie weisen allerdings mehrere Fehler auf, was in der GPK zu längeren Diskussionen Anlass war. Die Stadtverwaltung hat zugesichert, den Amtsbericht nach der Behandlung im Einwohnerrat in korrigierter Version ins Internet zu stellen. Weiter hat sie unterdessen den Arbeitsprozess „Amtsbericht“ mit einem weiteren Korrekturschritt verbessert.

Die GPK wertet den Amtsbericht als eine der wichtigen Visitenkarten der Stadt Liestal, die die vielfältigen und umfangreichen Leistungen adäquat dokumentieren soll. Sie erwartet, dass er zukünftig redaktionell einwandfrei herausgegeben wird.

Inhalt

Der Bericht ist in angemessener Dichte und Sachlichkeit gehalten. Einzig der Bereich Finanzen ist der Kommission zu knapp. Sie verzichtete jedoch in Absprache mit dem Präsidenten der Finanzkommission, die sämtliche angesprochenen Punkte im Rahmen der Jahresrechnung profund behandelt, auf eine (noch) weiterreichende Befragung.

Die GPK liess sich detaillierter über die Arbeiten am Qualitätsmanagement informieren. Sie hinterfragte die vier Qualitätssysteme der Stadt (Verwaltung, Bildung, Wasserversorgung und Audit Soziale Dienste) und empfiehlt eine grösstmögliche Integration mit positiven Auswirkungen auf die Kosten.

Alle anderen Themen sind selbsterklärend in der dazugehörigen Liste bearbeitet.

Die GPK nimmt zur Kenntnis, dass die Ressourcen nicht für alle Pläne reichten und konnte nachvollziehen, wo Wechselwirkungen mit Dritten teilweise Verzögerungen verursachten.

Ihre bei der Bearbeitung des Berichts gewonnenen Erkenntnisse wird die GPK in ihre Arbeitsplanung einbeziehen.

Dank

Die GPK zollt den grossen Leistungen des Stadtrates und der Stadtverwaltung ihre Anerkennung und dankt allen Beteiligten für ihren engagierten Einsatz. Auch die Ausbildungsaktivitäten der Stadtverwaltung sollen an dieser Stelle gewürdigt werden.

Antrag der GPK

Die Geschäftsprüfungskommission beantragt dem Einwohnerrat mit 6 zu 1 Stimme, den Amtsbericht 2006 zu genehmigen.

Beilagen:

- Fragen und Kommentare der GPK an den Stadtrat
- Qualitätspolitische Leitsätze Stadt Liestal

Namens der Geschäftsprüfungskommission


Claudia Roche, Präsidentin

Liestal, 11. Juni 2007

Amtsbericht 2006 – Fragen und Kommentare der Geschäftsprüfungskommission an den Stadtrat

Antworten seitens Stadtrat und Stadterwaltung / 04.05.07 / GL/rpl

1	Bevölkerung																																																																																	
1.1	Statistik	Fehler in den Tabellen - 2. Tabelle, 3. Spalte: Die Summe ergibt 10'924. - 2. Tabelle, 4. Spalte: Die Summe ergibt 81.7. - 3. Tabelle, 1. Spalte: Die Zahl der Wochenaufenthalter stimmt nicht mit der Summe in 4. Tabelle überein, auch wenn diese korrekt wäre. - 4. Tabelle, 1. Spalte: Die Summe ergibt 13'085. Bestattungswesen: Fliesstext, letzter Satz: Jahreszahl 2006? Zahl der Kremationen Männer unstimmg mit Summe																																																																																
Antwort SR Bereich FE		2. Tabelle: Hier die korrekte Tabelle <table><tr><th>Aufteilung nach Heimat</th><th>2006</th><th>in %</th><th>2005</th><th>in %</th></tr><tr><td>OrtsbürgerInnen</td><td>2'466</td><td>18.31%</td><td>2'477</td><td>18.54%</td></tr><tr><td>übrige Schweizer-BürgerInnen</td><td>7'706</td><td>57.21%</td><td>7'560</td><td>56.58%</td></tr><tr><td>AusländerInnen</td><td>3'297</td><td>24.48%</td><td>3'325</td><td>24.88%</td></tr><tr><td>Total</td><td>13'469</td><td>100.00%</td><td>13'362</td><td>100.00%</td></tr></table> Für die fehlerhafte Tabelle bitten wir um Entschuldigung. Wir setzen alles daran, dass das in Zukunft nicht mehr vorkommt. 3. & 4. Tabelle: Hier die korrekte Tabelle <table><tr><th colspan="5">Bevölkerungsanteile nach Konfessionen (ohne Wochenaufenthalter)</th></tr><tr><th></th><th>2006</th><th>in %</th><th>2005</th><th>in %</th></tr><tr><td>Reformiert</td><td>5'358</td><td>40.45%</td><td>5'404</td><td>41.05%</td></tr><tr><td>Römisch-katholisch</td><td>3'545</td><td>26.77%</td><td>3'574</td><td>27.15%</td></tr><tr><td>Christkatholisch</td><td>39</td><td>0.29%</td><td>38</td><td>0.29%</td></tr><tr><td>Moslemisch (nicht alle erfasst)</td><td>335</td><td>2.53%</td><td>254</td><td>1.93%</td></tr><tr><td>Israeliten</td><td>4</td><td>0.03%</td><td>4</td><td>0.03%</td></tr><tr><td>andere Religion</td><td>1'711</td><td>12.92%</td><td>1'742</td><td>13.23%</td></tr><tr><td>Konfessionslose</td><td>2'186</td><td>16.50%</td><td>2'070</td><td>15.72%</td></tr><tr><td>unbekannt</td><td>67</td><td>0.51%</td><td>79</td><td>0.60%</td></tr><tr><td>Total</td><td>13'245</td><td>100%</td><td>13'165</td><td>100%</td></tr></table> Für die fehlerhafte Tabelle bitten wir um Entschuldigung. Wir setzen alles daran, dass das in Zukunft nicht mehr vorkommt.	Aufteilung nach Heimat	2006	in %	2005	in %	OrtsbürgerInnen	2'466	18.31%	2'477	18.54%	übrige Schweizer-BürgerInnen	7'706	57.21%	7'560	56.58%	AusländerInnen	3'297	24.48%	3'325	24.88%	Total	13'469	100.00%	13'362	100.00%	Bevölkerungsanteile nach Konfessionen (ohne Wochenaufenthalter)						2006	in %	2005	in %	Reformiert	5'358	40.45%	5'404	41.05%	Römisch-katholisch	3'545	26.77%	3'574	27.15%	Christkatholisch	39	0.29%	38	0.29%	Moslemisch (nicht alle erfasst)	335	2.53%	254	1.93%	Israeliten	4	0.03%	4	0.03%	andere Religion	1'711	12.92%	1'742	13.23%	Konfessionslose	2'186	16.50%	2'070	15.72%	unbekannt	67	0.51%	79	0.60%	Total	13'245	100%	13'165	100%
Aufteilung nach Heimat	2006	in %	2005	in %																																																																														
OrtsbürgerInnen	2'466	18.31%	2'477	18.54%																																																																														
übrige Schweizer-BürgerInnen	7'706	57.21%	7'560	56.58%																																																																														
AusländerInnen	3'297	24.48%	3'325	24.88%																																																																														
Total	13'469	100.00%	13'362	100.00%																																																																														
Bevölkerungsanteile nach Konfessionen (ohne Wochenaufenthalter)																																																																																		
	2006	in %	2005	in %																																																																														
Reformiert	5'358	40.45%	5'404	41.05%																																																																														
Römisch-katholisch	3'545	26.77%	3'574	27.15%																																																																														
Christkatholisch	39	0.29%	38	0.29%																																																																														
Moslemisch (nicht alle erfasst)	335	2.53%	254	1.93%																																																																														
Israeliten	4	0.03%	4	0.03%																																																																														
andere Religion	1'711	12.92%	1'742	13.23%																																																																														
Konfessionslose	2'186	16.50%	2'070	15.72%																																																																														
unbekannt	67	0.51%	79	0.60%																																																																														
Total	13'245	100%	13'165	100%																																																																														

Bestattungswesen; Zahlen 2006 (Zahlen des Jahres 2005 in Klammern)

Im Berichtsjahr wurden dem Bestattungsbüro der Stadt Liestal 124 (117) Todesfälle gemeldet. Davon betrafen 85 (85) Todesfälle Einwohner/innen der Stadt Liestal. Bei 13 (14) Verstorbenen handelte es sich um Personen, die nicht in Liestal wohnhaft waren, aber hier beigesetzt wurden. 26 (18) Personen waren in Liestal wohnhaft, wurden jedoch auswärts bestattet. Gesamthaft fanden im Jahr 2006 auf dem Friedhof Liestal 98 (99) Beisetzungen statt. Davon waren:

Hier die korrekte Tabelle:

Bestattungsart	Erdbestattungen	Kremationen	Total
Männer	10	26	
Frauen	14	47	
Kinder	1	0	
Total	25	73	98

Für die fehlerhafte Tabelle bitten wir um Entschuldigung. Wir setzen alles daran, dass das in Zukunft nicht mehr vorkommt.

1.2.1 Abstimmungen

Berichtigungen:

- Volksinitiative „Nationalbankgewinne für die AHV“: Ergebnis gesamthaft: Ablehnung.
- Alkohol- und Tabakgesetz: Ergebnis gesamthaft: Annahme.
- Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas: Ergebnis gesamthaft: Annahme.
- Volksinitiative „für eine Schule mit Qualität“: Ergebnis gesamthaft: Ablehnung.

Antwort SR
Stab ZD

Die Nachkontrolle hat ergeben, dass zwar die Liestaler Abstimmungsergebnisse korrekt, einige gesamtschweizerische Abstimmungsergebnisse im Amtsbericht 2006 dagegen fehlerhaft sind (administratives Versehen: falsch kopiert bzw. überschrieben).

Berichtigung gemäss Feststellung GPK mit der Bitte um Entschuldigung für das Versehen, welches leider auch im Kontrollgang nicht entdeckt wurde:

- Die Volksinitiative „Nationalbankgewinne für die AHV“ wurde gesamtschweizerisch abgelehnt.
- Das Alkohol- und Tabakgesetz wurde angenommen.
- Das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas wurde gesamtschweizerisch angenommen.
- Die Volksinitiative „für eine Schule mit Qualität“ wurde abgelehnt.

2	Einwohnerrat	
2.3	Geschäfte	• Der Einwohnerrat beschäftigte sich mit den Sozialen Diensten generell und mit dem Warten auf das Audit. • Die 100-Prozent-Stelle im Stadtbauamt wurde mit dem Voranschlag 2007 bewilligt, nicht mit der Rechnung.
Antwort SR Stab ZD		Von der GPK wird richtigerweise festgestellt, dass die 100-Prozent-Stelle für das Stadtbauamt vom Einwohnerrat im Zusammenhang mit dem Voranschlag und nicht mit der Rechnung beantragt und bewilligt wurde.

3.	Departemente und Stabsdienste	
3.0	Präsidiales	1.1.1 Wer ist Qualitätsbeauftragter in der Stadtverwaltung? Wie lauten die Qualitätspolitischen Leitsätze des Stadtrates?
Antwort SR SV		Die Stadtverwaltung stellt den <u>Qualitätsleiter</u> (QL) in der Person des Stadtverwalters. Der <u>Qualitätsbeauftragte</u> (QB) ist das operativ-strategische Organ des Qualitätsmanagement-Systems (QMS) und ein Mitglied des Stadtrats. Aufgrund seiner beruflichen Befassung mit einem QMS hat Stadtrat Ruedi Riesen diese Position inne. Zu den von der Belegschaft gemeinsam erarbeiteten und vom Stadtrat genehmigten Qualitätspolitischen Leitsätze gibt die <u>Beilage</u> Auskunft.
		Kann das vergangene Audit der Sozialen Dienste von der Struktur her und vom Auditablauf her als Baustein der Gesamtzertifizierung der Stadtverwaltung verwendet werden? Wenn nein, was ist für die Harmonisierung vorgesehen?
Antwort SR SV		Das durchgeführte Audit der Sozialen Dienste hat vor einem anderen Hintergrund (politischer Prozess) und eine vom Qualitätsmanagement divergierende Zielsetzung (Überprüfung der Zielerreichung der Reorganisation) und Zeitachse. Es hat für den Q-Prozess nützliche Erkenntnisse aufgezeigt, indem es das Gelingen der Reorganisation und die Nützlichkeit der darin erarbeiteten Instrumente belegt. Der Aufgabe folgend wurde ein Fach-Spezialist beauftragt. Die Gesamtzertifizierung der Stadtverwaltung erfolgt durch eine ISO-zertifizierungs-erprobte Firma. Diese hat die Anfrage betreffend Vornahme des Audits der Sozialen Dienste negativ beantwortet, da die teilweise politischen Fragestellungen nicht mit dem QMS-Thema vermischt werden sollen. Der Zeitplan des QMS-Prozesses sieht vor, dass das Zertifizierungs-Audit im November 2007 durchgeführt wird. Das Audit Soziale Dienste ist im prozessbezogenen Audit nicht als Baustein verwendbar, da es inhaltlich und ablauftechnisch anderen Gesetzmässigkeiten unterlag. Im Rahmen späterer Wiederholungs- und Aufrechterhaltungsaudits kann bei analoger Frage- bzw. Problemstellung eine (teilweise) Harmonisierung und Zusammenlegung geprüft werden.

	Optimierung Schalterdienste: Zu wie vielen Einsätzen kam der Blitzschalter im Vergleich zu den üblichen Schaltern? „Lehrfahrzeugausweis“?
Antwort SR Bereich FE	Der Blitzschalter übernimmt gegenüber den anderen Schaltern geschätzte 5 – 10 % an Kunden. Der Lehrfahrzeugausweis ist richtigerweise ein Lernfahrausweis . Die Einwohnerkontrolle prüft die Gesuche für einen Lernfahrausweis auf Vollständigkeit der Beilagen und kontrolliert die Personalien. Anschliessend wird das Gesuch der MFK BL weitergeleitet.
3.1	Finanzen Die Aussagen sind äusserst knapp. Es fehlt z. B. eine Aussage zur „Debitorenbewirtschaftung“ (siehe Jahresprogramm „Zielsetzungen“). 1) Massnahmen und Resultat? 2) Konnten die Veranlagungen planmässig bis Ende März abgeschlossen werden? 3) Was fehlt noch an Grundlagenmaterial für die Zielerreichung einer Prognosegenauigkeit von unter 3 %? 4) Kosten-Nutzen-Verhältnis des Programms Nest?
Antwort SR Bereich FE	1) Der Bezug der Gemeindesteuern erfolgt durch die Kant. Steuerverwaltung. Der Kanton hat das Inkassowesen (u. a. Verlustscheinbewirtschaftung) im Jahr 2006 um 1,5 Stellen erhöht. Da Gemeinde- und Kantonssteuer auf ein Rechnung sind, hat natürlich der Kanton dasselbe Interesse für ein erfolgreiches Inkasso. Das Steuerinkasso der Gemeindesteuern durch den Kanton ist vertraglich mit einer Leistungsvereinbarung geregelt. 2) Ja 3) Die Steuererträge zu prognostizieren, war in den letzten Jahren schwierig wegen der Umstellung auf die einjährige Veranlagung. In Liestal wurden die Erträge unterschätzt, was zu den bekannten „Steuereinbuchungen aus Vorjahren“ führt. Für das Steuerjahr 2007 ist eine „genaue“ Prognose kaum möglich, da die Auswirkungen der Steuerreform für Privatpersonen nicht vollständig überblickbar sind und von Gemeinde zu Gemeinde sehr unterschiedlich ausfallen werden. Die „Grundlagen“ zur Verbesserung der Prognosegenauigkeit ist eine sorgfältig nachgeführte Excel-Tabelle über die Entwicklung der Steuerprognosen über die Zeit sowie persönliche Kontakte zu den Fachleuten des Kantons. Die Zielsetzung ist, dass wir die Steuern auf plus/minus 1 Mio. CHF schätzen können (plus/minus *%). 4) Das Programm NEST ist ein Produkt des Kantons zur Veranlagung und zum Bezug der Steuern. Dieses Programm wird vom Kanton den Gemeinden unentgeltlich zur Verfügung gestellt.
3.2	Stadtbauamt (2.1.3) Energielabel: Das Projekt stand anfangs 2006 bei 50 %. Was wurde während des Jahres noch daran gearbeitet? Ist das Vorgehen (Stellenantrag im Dezember) nicht zu defensiv? Welche Standards wären noch zu erreichen?

Antwort SR Bereich SB	Der Stadtrat wird dem Einwohnerrat das Projekt Energiestadt im Sommer 2007 vorlegen. Darin wird das Projekt mit den finanziellen und personellen Ressourcen aufgezeigt und das weitere Vorgehen dargelegt.
	(2.2.4) Stösst der Stadtrat periodisch nach wegen der Bewilligung seitens des Bundesamts für Verkehr?
Antwort SR Bereich SB	Richtig. Unterdessen wurde auf den 21. Mai 2007 ein Sitzungstermin festgelegt.
	(2.2.3) Tempo 30: Weshalb hat sich die kantonale Bewilligung verzögert?
Antwort SR Bereich SB	Es herrschte Uneinigkeit zwischen den kantonalen Fachstellen. Unterdessen ist die Bewilligung eingetroffen und die Massnahmen sind umgesetzt.
	(2.2.4) Poststrasse: Inwiefern beeinträchtigt ein negativer Entscheid des Bundesamts für Verkehr den Bau der Poststrasse und das SBB-Lärmsanierungsprojekt?
Antwort SR Bereich SB	Folgende Auswirkung sind möglich: - auf die Gestaltung der Lärmschutzwände; - auf die Finanzierung der Poststrasse; - auf die Ausführungsstermine. Am 21. Mai 2007 findet mit dem Bundesamt für Verkehr die Verhandlung statt.
	(2.3.1): Beabsichtigt der Stadtrat dem ER über das Leitbild resp. dessen Inhalt zu berichten?
Antwort SR Bereich SB	Es ist vorgesehen, dass der Stadtrat dem Landschaftsentwicklungskonzept vor den Sommerferien 2007 zustimmt und das Konzept danach dem Einwohnerrat zur Kenntnisnahme einreicht.
3.3 Betriebe	(3.3.2) Controlling: Wieso wurde das Projekt verschoben?
Antwort SR Bereich BE	Die Führungsprozesse des Qualitätsmanagement-Systems beinhalten auch Controllingabläufe. Das Thema soll in das QMS eingebettet werden.
	(3.6.1.) Grüngutabfuhr: Ist schon etwas bekannt über die Kostenentwicklung im Falle eines Wechsels?
Antwort SR Bereich BE	Eine erste Offerte der Firma Biopower AG liegt vor und dient als Grundlage für weitere Abklärungen. Ziel ist es, die Neuorganisation der Grünabfuhr auf der heutigen Kostenbasis zu halten.

3.4.	Soziale Dienste, Gesundheit und Kultur	(4.2.2) Streetwork: Wie sehen die erwähnten Entwicklungen/Trends/Tendenzen aus? Welche Möglichkeiten sieht die Begleitgruppe bzw. die Polizei, den Alkoholkonsum unattraktiver zu machen?
Antwort SR Bereich SK		In der Tat ist der Alkoholkonsum von Jugendlichen ein zunehmendes Problem. Gegenmassnahmen sind nicht einfach und verlangen vermehrt Koordination, Prävention und Repression/Kontrolle über die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften. Die Zusammenarbeit zwischen der Polizei (mit ihren Szenenkennern) und den Streetworkern funktioniert gut. Dabei ist eine klare Rollentrennung wichtig, damit das erforderliche Vertrauen in die Streetworker nicht verloren geht und diese nicht als verlängerter Arm der Justiz erlebt werden. Neuralgische Punkte sind mit gezielten Massnahmen anzugehen (vermehrte Polizeikontrollen, Aufsicht über die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften). Trotz all dieser Massnahmen bleiben die Einflussmöglichkeiten beschränkt.
		(4.2.3) Jugendtreffpunkt: Auf welche Basis wurde die Leistungsvereinbarung gestellt?
Antwort SR Bereich SK		Ziel der Leistungsvereinbarung ist eine sinnvolle Nutzung des Jugendtreffpunktes mit attraktiven und entwicklungsfördernden Angeboten und Projekten, welche partizipativ mit den Benutzerinnen und Benutzern entwickelt werden.
		(4.3.1) Pflegewohngruppe: Wie steht der aktuelle Ist-Soll-Vergleich der Alterspflegeplätze in Liestal gemäss der Bedarfsanalyse des BAP (Verband Baselbieter Alters-, Pflege- und Betreuungseinrichtungen) bezüglich der demografischen Entwicklung? Welche Massnahmen sind ggf. vorgesehen?
Antwort SR Bereich SK		Die Berechnungen des statistischen Amtes BL (und nicht des BAP, die Zahlen des statistischen Amtes stammen von 2005, jene des BAP von 2001) ergeben die folgenden Zahlen: Hochbetagte 80+ in Liestal 2005: 558 Personen; 2010: 652 Personen. Bettenbedarf (20 Betten pro 100) 2005: 112 Betten; 2010: 130 Betten. Bettenangebot aktuell: Anspruch Liestal in Frenkenbündten (inkl. Pflegewohngruppe) 77+Brunnmatt 40 ergibt 117. Bewohner/innen von Liestal aktuell in Frenkenbündten 73 + Brunnmatt 28 ergibt 101 (dazu kommen noch einige Liestaler in auswärtigen Heimen). Im Moment sind keine Massnahmen im stationären Bereich vorgesehen, jedoch ist genau diese Frage ein Thema, mit welchem sich die Alterskommission aktuell zu beschäftigen hat. Sehr wichtig sind die dem Heimaufenthalt vorgelagerten Angebote wie betreutes Wohnen und eine gut ausgebaute Spitex. So können Heimeintritte verzögert oder vermieden werden.
		(4.1.3) Integration von Stellenlosen in Firmen: wie ist das Coaching der Jugendlichen und Begleitung der Betriebe genau konzipiert?

Antwort SR Bereich SK	Die Einsätze in Betrieben sollen sowohl für die Programmteilnehmenden wie auch für die Firmen unterstützend und zweckdienlich begleitet werden. Dazu wurde ein spezielles Konzept erarbeitet, welches eine sorgfältige Vermittlung, die Ziele des Einsatzes, Standortgespräche und Begleitevaluation festschreibt. Dadurch sollen Risiken für den Einsatzbetrieb minimiert und Anreize für Eingliederungsprogramme gefördert werden. Sowohl dem Einsatzbetrieb wie auch dem/der Programmteilnehmenden steht eine niederschwellig erreichbare Ansprechperson zur Verfügung. Der Einsatz wird mit einem Vertrag verbindlich geregelt.
	Statistik Vormundschaft: Ist ein Trend bei den Delikten bezüglich der grossen Zunahme der Kinderstrafverfahren erkennbar?
Antwort SR Bereich SK	Die Vormundschaftsbehörde Liestal war bis am 31.12.06 erste Strafbehörde für Kinder bis 14 Jahre. Sie hat auf Antrag der Jugendanwaltschaft, die vorgängig die Strafuntersuchung geführt hat, die Strafe festgelegt. Mit einer Ausnahme handelte es sich um Arbeitsleistungen für eher kleinere Vergehen. Mit der neuen Gesetzgebung im Jugendstrafrecht ab 1.1.07 ist nun neu die Jugendanwaltschaft selber für die entsprechenden Verfügungen zuständig. Die VB hatte im Jahre 2006 insgesamt 12 Kinderstraf-Verfahren zu beurteilen. Im Vergleich zu den Jahren 2004 + 2005 mit je 5 Verfügungen hat die Zahl zugenommen. Für aussagekräftigere Informationen, insbesondere auch was die Jugendlichen ab 15 Jahren betrifft, ist an die Jugendanwaltschaft zu verweisen.
	Auf welchen Grundlagen, nach welchen Kriterien und mit welchen Sicherheiten wird das Mündelvermögen verwaltet? Gibt es eine Haftung seitens der Stadt? Wer ist die Aufsichtsbehörde?
Antwort SR Bereich SK	Grundlagen zur Anlage und Verwaltung von Mündelvermögen: - ZGB Art. 398 - 404 - Kreisschreiben Justiz-, Polizei- und Militärdepartement vom 10.05.2001 - Merkblatt VB Liestal vom 12.02.2004 - Instruktion für Vormünder, Beiräte und Beistände vom 31.08.2005 - VB-Beschluss vom 22.03.05 - Empfehlungen Konferenz der Kant. Vormundschaftsbehörden vom 13.06.2001 Haftung der Vormundschaftsbehörde Liestal: - ZGB Art. 426 - 430 Die Mandatsträger und die Behörde müssen ihr Amt sorgfältig führen. Sie haften nicht bloss für arglistiges oder grobfahrlässiges Verhalten. Auch leichte Fahrlässigkeit führt zur Schadenersatzpflicht. Eine Haftung ist jedoch nur gegeben, wenn der Schaden durch eine pflichtwidrige Handlung oder Unterlassung der Amtsträger entstanden ist. Trifft den Mandatsträger ein Verschulden, haftet er. Reicht sein Vermögen zur Deckung des Schadens nicht aus, kann der Rest von der Vormundschaftsbehörde verlangt werden, wenn sie ebenfalls schuldhaft gehandelt, z.B. ihre Aufsichtspflicht vernachlässigt hat (Kaskadenhaftung).

	Die Stadt Liestal hat für die Mandatsträger wie auch für die Behördenmitglieder eine entsprechende Berufspflichtversicherung abgeschlossen. Die erste Aufsichtsbehörde im Kanton Basel-Landschaft ist das Kantonale Vormundschaftsamt, zweite Instanz ist das Kantonsgericht.
	(4.4.1) Kulturkonzept: welche Ziele verfolgt der Stadtrat mit dem Kulturkonzept?
Antwort SR Bereich SK	Mit dem Kulturkonzept will der Stadtrat eine gezielte Kulturförderung sowohl finanziell wie ideell betreiben. Dabei sollen vorhandene Traditionen einerseits wie auch innovative neue Kulturprojekte und -Angebote andererseits unterstützt und gefördert werden. Qualität, Vielfalt, Förderung von Identität und gesellschaftlichem Zusammenhalt sind dabei wichtige Aspekte. Speziell erwähnt werden: die Förderung von grösseren Events mit regionaler Ausstrahlung, Förderung von Jugendkultur und Projekten, welche der gesellschaftlichen Integration dienen. Gegenüber den wichtigsten Kulturangeboten und Kulturhäusern auf dem Platz Liestal, welche einen wesentlichen Beitrag zum Kulturangebot leisten, wurden bewusst feste Verpflichtungen eingegangen (Dichter- und Stadtmuseum, Palazzo, Baselbieter Konzerte, Kulturscheune).
3.5. Bildung/ Sport	(5.2.2) Wie steht es um den Mittagstisch im Schulhaus Frenke?
Antwort SR Bereich BS	In Zusammenarbeit mit dem Altersheim Frenkenbündten wird der Mittagstisch im Frenke-Quartier ab August 2007 angeboten. (Ähnliches Angebot wie im Rotacker und Fraumatt.)
	(5.1.1.) Qualitätsmanagement: Wie wurde das Jahresthema 2007 festgelegt? Gibt es dort besonderen Handlungsbedarf?
Antwort SR Bereich BS	Aus dem Q-Leitbild wurde ein Themen-Bereich intern evaluiert und zum Jahresthema gemacht. Hier besteht Entwicklungspotential, von gravierendem Defizit kann nicht gesprochen werden.
	(5.2.1.) Standardsprache im Kindergarten: Wurde inzwischen entschieden, ob und in welcher Form dieses Projekt weitergeführt werden soll? Warum wird nur über eine Ausweitung und nicht über eine definitive Einführung entschieden?
Antwort SR Bereich BS	Das Projekt dauert noch zwei Jahre. Genauere Erkenntnisse werden die Auswertungen der Evaluation zeigen. Da die Zwischenergebnisse zeigen, dass alle Kinder signifikant vom Gebrauch der Standardsprache im Kindergarten profitieren, wird der Anteil an Standardsprache bereits ab neuem Schuljahr wesentlich erhöht, dies für alle Kindergärten.

	(5.1.4) Sitzen als Belastung: Wird das Projekt auf andere Klassen ausgedehnt? StattGewalt-Rundgang: Gab es eine Auswertung? Wird diese Aktion weitergeführt?
Antwort SR Bereich BS	An den Weiterbildungstagen vor Ostern wurde das Projekt vorgestellt. Im neuen Schuljahr wird das Angebot nebst weiteren Projekten ausgedehnt. Für alle Teilnehmenden wurde eine Nachbesprechungsveranstaltung angeboten. Ähnliche Rundgänge könnten im Projekt „Zivilcourage“ wieder angeboten werden.
	(5.3.1.) Regionale Musikschule Liestal: Welche Schwierigkeiten bestehen bei den Verhandlungen? Haus der Künste: Wir bitten um Berichterstattung.
Antwort SR Bereich BS	Bezüglich der Schulbauten auf dem Platz Liestal stehen verschiedene grössere Veränderungen an (Sekundarschule, Pädagogische Hochschule). Deshalb wollte der Zweckverband zum jetzigen Zeitpunkt keinen Neubau erstellen, sondern hat beschlossen, die akuten Raumprobleme mit einem Mietprovisorium (Container) am Standort Burg zu überbrücken. Das Provisorium geht von einer Zeitdauer von 5 Jahren aus, ab Schuljahr 2007/08. Das Projekt Haus der Künste wurde zwischenzeitlich aufgrund einer anderen Sachlage und Problemlösung aufgegeben.
	(5.1.5) Begabungsförderung: Mit wieviel Stellenprozenten arbeiten die Spezialisten? Wie wird das Projekt evaluiert? Welche Aussagen lassen sich heute schon machen?
Antwort SR Bereich BS	Es werden wöchentlich zwischen 2 und 4 Lektionen erteilt (zur Zeit 2 Lektionen mit 8 Schülerinnen und Schülern). Der Schule ist es wichtig, den Unterricht durch eigene Lehrpersonen zu erteilen, was sich sehr bewährt hat.
	Ausbau der Partnerschaft mit anderen Bildungsinstitutionen (S. 22 Jahresprogramm): Welche Partnerschaften bestehen? Konnten weitere aufgebaut werden?
Antwort SR Bereich BS	Projektbezogene Zusammenarbeit besteht mit der Kantonsbibliothek, dem Kantonsmuseum, dem Gymnasium und der Volkshochschule. Kontakt aufgenommen wurde auch mit der Gewerblich-industriellen Berufsfachschule Liestal.
3.6.	3.6.1 Personelles: Wieviele Arbeitslose wurden beschäftigt? Können sie auch längerfristig beschäftigt werden? Welche Aufgaben können von ihnen übernommen werden?
Antwort SR Stab PI	Programme zur verübergehenden Beschäftigung PVB: 4 Personen für zusammengezählt 12 Monate. Die Dauer der Beschäftigung richtet sich vorwiegend nach Zeitdauer des Projektes. Die Aufgaben sind abhängig vom Projekt. [Die Richtlinien liegen der GPK vor.] Zwischenverdienst ZV: 2 Personen zu 50 % für je 12 Monate. Die Aufgaben waren im Rahmen der Überbrückung einer unbesetzten Stelle. [Das Merkblatt liegt der GPK vor.]

	Berufspraktika BP: 2 Personen für zusammengezählt 3 Monate. Die Dauer war hier sehr kurz, da die Personen glücklicherweise Arbeitsstellen gefunden haben. Die Dauer der Beschäftigung richtet sich vorwiegend nach Zeitdauer des Projektes. Die Aufgaben sind abhängig vom Projekt. [Die Richtlinien liegen der GPK vor.]
	3.6.2 Informationsdienst: Um welche Besucherinnen handelt es sich bei den 57'173 Kontakten?
Antwort SR Stab PI	Die Durchschnittszahl auf S. 30 für das Jahr 2006 unten harmonisiert nicht mit derjenigen auf S. 31 oben. Aufgrund einer festgestellten Ungereimtheit in der Web-Statistik erfolgte eine Korrektur durch die für das Hosting verantwortliche Firma, welche auf S. 30 leider nicht bereinigt wurde. Für vertiefende Auskünfte stehen wir gerne bereit.
	3.6.3 Recht und Sicherheit: Nachdem die Stadtpolizei Mitte 2002 eine zusätzliche Stelle erhalten hat, wurde sie jetzt wieder mit 1 Stelle aufgestockt. (2 → 3 → 4): Wie begründet die Stadtpolizei den weiteren Stellenbedarf, welche neuen Aufgaben mussten angepackt werden? Wie ist das Ergebnis? Könnte nicht ein besseres Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung erwartet werden?
Antwort SR Stab RSI	Die Stadtpolizei übernahm von den Einwohnerdiensten das Markt- und Hundewesen sowie die Stellvertretung im Bereich des Belegungswesens. Dies sind weitgehend administrative Tätigkeiten. Der interne Transfer eines Mitarbeiters in die Stadtpolizei erlaubt nun, die Stadtpolizei vermehrt im Aussenbereich sicherheitspolizeilich wirken zu lassen. Dies entspricht einer der Zielsetzungen des Projekts „Poliflex“.
	4A.1.1 Poliflex: Bis wann ist dieses Projekt beendet? Welche konkreten Ziele sollen bis zum Abschluss erreicht sein? Wie ist das Kosten- und Nutzen-Verhältnis?
Antwort SR Stab RSI	Mit den Massnahmen im Rahmen des Projekts Poliflex wird eine bedürfnisorientierte, situative Einsatzplanung und eine intensivere Zusammenarbeit mit den übrigen Sicherheitsdiensten, insbesondere der Polizei BL und den Gemeindepolizeien der umliegenden Gemeinden angestrebt. Das erstgenannte Ziel ist beinahe erreicht, die intensivere Zusammenarbeit mit der Polizei BL ebenfalls, jedoch nicht mit den übrigen Gemeindepolizeien. Die Zielsetzung bleibt bestehen und das Projekt aufrechterhalten, bis auch diese Zielsetzung, die v. a. noch der Überzeugungsarbeit auf politischer Ebene bedarf, erreicht ist (voraussichtlich 2011/12).
	4A2.1 Erlassammlung (Jahresprogramm): Konnte diese Aufgabe abgeschlossen werden? Sind jetzt alle Reglemente und Erlasse im Internet eingestellt? (Fragestunde 23.8., Nr. 4.: Keine Antwort unter Mitteilungen Stadtrat gefunden.)
Antwort SR Stab RSI	Die Erlassammlung ist in Ordnung. Sämtliche Erlasse sind gemäss entsprechendem Regulativ im Internet eingestellt.

	Tabelle S. 34: Was sind Pioniereinsätze? Warum haben sie so deutlich zugenommen?	
Antwort SR Stab RSI	Diese sind ein Teilaspekt der technischen Hilfeleistungen wie Entfernung von Bäumen auf der Strasse, Einsätze, wo Hebevorrichtungen nötig sind, Einsätze bei Arbeitsunfällen. Die gestiegene Anzahl von Pioniereinsätzen ist effektiv auf die grossen Schneefälle zurückzuführen. Grund: Die Schneefälle sind nicht als Unwetter angesehen worden, was sie ja auch nicht waren. Die meisten Einsätze darunter hatten mit "Holzfälleraktionen" zu tun (heruntergefallene Äste, Baumkronen, Bäume, die umzustürzen drohten etc.).	
	Weitere Fragen	
	In den Legislaturzielen (S. 11) ist die Aufnahme eines „Nachhaltigkeitskompasses in die Prozesse zur Entscheidungsfindung auf Stufe Stadtrat“ geplant. Wie sieht dieser Nachhaltigkeitskompass aus? Wie definiert der Stadtrat die Anwendung dieses Instrumentes im Berichtsjahr? Welchen Einfluss hat es genommen?	
Antwort SR SV	Die Anwendung des Nachhaltigkeitskompasses wurde im Berichtsjahr hintangestellt. Der Stadtrat hat sich bei der Behandlung des Entwicklungsplans 2008 - 2012 die Frage der Aufrechterhaltung der Zielsetzung gestellt. Als Ergebnis der Erörterung wird vorgesehen, eine nächste geeignete ER-Vorlage mit diesem Instrument zu bearbeiten und damit entsprechende Erfahrungen zu sammeln.	
	Corporate Governance: Es wird keine Aussage zu den Arbeiten am Rating-System gemacht, dass 2005 standby gestellt wurde (Amtsbericht 2005). Erweist sich das System als (zu) wenig effektiv, dass es möglicherweise nicht weiter bearbeitet wurde? Wie sind der Stand und die Haltung des Stadtrates?	
Antwort SR SV	Die Anwendung der Weisung zur Corporate Governance wurde im Berichtsjahr ebenfalls hintangestellt. Der Stadtrat hat sich bei der Behandlung des Entwicklungsplans 2008 - 2012 die Frage der Aufrechterhaltung der Zielsetzung gestellt. Als Ergebnis der Erörterung wird vorgesehen, mit einem pragmatischen Ansatz vorzugehen und die Weisung bei nächster sich bietender Gelegenheit im Einzelfall umzusetzen und damit Erfahrungen zu sammeln.	
	Mit dem Geschäft 03/136 wurde auf Antrag der GPK der Stadtrat beauftragt, künftig über verkaufte oder umgenutzte Liegenschaften und über die verbleibenden Objekte jeweils im Amtsbericht zu informieren. Wir bitten um eine Orientierung.	
Antwort SR Bereich SB	Das Liegenschaftsportefeuille der Stadt Liestal hat sich in den letzten drei Jahren nicht verändert. Für die Rechnung 2006 wurden im Bereich Grundstücke Verwaltungsvermögen die Verkehrswerte neu ermittelt und entsprechend angepasst. Dem Einwohnerrat wird im Amtsbericht 2007 eine Grobübersicht vorgelegt.	

	In den Legislaturzielen steht unter Naturschutz (S. 22), dass die Zonenvorschriften umgesetzt werden durch - Erarbeiten des Landschaftsentwicklungskonzepts; - Erarbeiten von Pflegeplänen und Bewirtschaftungsverträgen. Was wurde davon bis jetzt umgesetzt?
Antwort SR Bereich SB	Das Landschaftsentwicklungskonzept ist erarbeitet. Die Pflegepläne mit Verträgen für die Magerwiesen bestehen. Für weitere Objekte folgen diese in den nächsten zwei Jahren.
	Legislaturziele (S. 12): Erarbeitung eines Konzeptes Kinderschutz. Wie weit ist das?
Antwort SR Bereich SK	Infolge der in der Zwischenzeit erfolgten neuen Angebote des Kantons Basel-Landschaft (Justizdirektion, Aufbau einer kantonalen Kinder- und Jugendschutzfachstelle, welche allen Gemeinden kostenlos zur Verfügung steht) und der intern aufgebauten und klar gegliederten Abläufe im Bereich der Krisenintervention und des Kinder- und Jugendschutzes erübrigt sich die Erarbeitung eines zusätzlichen Konzeptes. Diese Aufgabe wurde in der Folge fallengelassen.

Qualitätspolitische Leitsätze Stadt Liestal

Wir verstehen uns als modernes und effizientes öffentliches Dienstleistungsunternehmen. Im Rahmen des gesetzlichen Auftrages erbringen wir unsere Dienste im Interesse der Stadt Liestal und zum Nutzen der ganzen Bevölkerung sowie all jener, die sich darin aufhalten und bewegen. Darüber hinaus ist es uns ein Anliegen, Angebot und Leistung bestmöglich auf die Erwartungen unserer Kundinnen und Kunden auszurichten und diese Aufgabenerfüllung laufend zu optimieren. Unseren Lieferanten und den von uns Beauftragten treten wir in allen Geschäftsbeziehungen als kompetente Partner gegenüber. Um diesen Anforderungen gerecht werden zu können, streben wir eine gesunde Balance zwischen Aufgaben und Ressourcen an. Wir legen grossen Wert auf ein angenehmes Betriebsklima.

Folgende Aspekte prägen unser Qualitätsbewusstsein:

1. Kundenorientierung

Wir begegnen unserer internen und externen Kundschaft freundlich und mit Respekt. Wir sind ihnen verlässliche und kompetente Ansprechpartner, jederzeit darauf bedacht, ihre Anliegen ernst zu nehmen und im Rahmen des rechtlichen Ermessens- und Handlungsspielraums die Erwartungen zu erfüllen und/oder Lösungen zu erarbeiten.

2. Kompetenz

Als Fachpersonen erkennen wir die Wichtigkeit, die gestellten Aufgaben vernetzt und gesamtheitlich anzugehen und uns kontinuierlich zu verbessern, weiter zu entwickeln und entsprechend weiter zu bilden.

3. Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit

Wir setzen uns für eine sorgfältige, effektive und effiziente Arbeitserledigung ein. Die Arbeitsabläufe sind zweckmässig und die Verantwortungen klar geregelt. Der Einsatz unserer personellen und sachlichen Ressourcen erfolgt gezielt und überlegt. Intern und extern wirksame Veränderungen nehmen wir mit der nötigen Umsicht vor. Jede/r übernimmt an seinem/ihrer Ort Verantwortung für die Entwicklung der Stadt Liestal.

4. Infrastruktur und Sicherheit

Unsere Arbeitsplätze sind zweckmässig eingerichtet und wir verfügen über moderne, der Aufgabenerfüllung angepasste Arbeitsgeräte. Wir erfüllen die vorgeschriebenen Sicherheits- und Gesundheits-Standards (SUVA, EKAS etc.). Wir übernehmen Eigenverantwortung für die persönliche Sicherheit und Gesundheit.

5. Kommunikation

Uns ist eine klare, für alle verständliche und einfache Kommunikation sowohl intern als auch extern wichtig. Wir kommunizieren transparent, respektvoll und wertschätzend. Wir verfügen über klare Kommunikationsstrukturen und Verantwortlichkeiten.

6. Führung/Organisation

Wir führen die Verwaltung mit dem Ziel, dass diese als Einheit handelt und als solche wahrgenommen wird. Voraussetzungen dafür sind ein einheitliches aufgaben- und teamorientiertes Führungsverständnis sowie eine saubere Trennung der operativen und strategischen Führung. Wir haben klare Organisationsstrukturen und eindeutige Zuordnungen der Sachaufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten sowie Stellvertretungen. Die Ablaufprozesse und Schnittstellen werden regelmässig überprüft und verbessert.

7. Erscheinungsbild

Wir haben ein der Tätigkeit und Situation angepasstes, freundliches und gepflegtes Auftreten. Die Kundenzonen gestalten wir einladend und zweckmässig. Unser Erscheinungsbild und die schriftlichen Dokumente sind einheitlich und klar.

8. Personelles

Wir begegnen uns gegenseitig mit Wertschätzung. Wir pflegen den aktiven und direkten Dialog. Durch eine offene Informationspolitik stärken wir das Interesse und schaffen Motivation für ein gesamtverantwortliches Handeln.

9. Arbeitsklima

Die Basis für eine angenehme Arbeitsatmosphäre wird in den einzelnen Bereichen gelegt. Mit der bewussten Förderung von Gemeinsamkeiten tragen wir zu einem guten bereichsübergreifenden Arbeitsklima bei. Das sich gegenseitige Kennen, Respekt und Wertschätzung bilden eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Zusammenarbeit und Bildung eines „Wir-Gefühls“. Mit Spannungen gehen wir konstruktiv und lösungsorientiert um.

10. Ökologisches Bewusstsein

Wir sind uns bewusst, für den Umgang mit natürlichen Ressourcen eine wichtige Vorbildfunktion zu haben. Entsprechend legen wir Wert auf einen verantwortungsbewussten Umgang mit der Umwelt bspw. durch den Einsatz von umweltschonenden Arbeitshilfsmitteln und eine Entsorgung, welche die Anliegen der Umwelt berücksichtigt.

Vom Stadtrat beschlossen am 23. Mai 2006 / rpl